



ANNE MORGENSTERN / «LAND OHNE MITTE» / FOUNTAINBOOKS BERLIN

FOTO-TABLEAU: LAND OHNE MITTE 4/5

«Schwarze Pumpe» heisst der grosse Industriepark in der Grenzregion zwischen Sachsen und Brandenburg, der einst ein Schwergewicht unter den Energielieferanten der DDR war: Gas, Strom und Kohle wurden hier produziert. Von den drei Brikettfabriken existiert heute nur noch eine, denn die Braunkohle ist wegen ihrer umweltschädigenden Eigenschaften in Verruf geraten. Man mag es kaum glauben – so kunstvoll und schön hat Anne Morgenstern das schwarze Gold hier ins Bild gesetzt.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Big Brother für den Strassenverkehr

Wenn im gegenwärtigen Hype um selbstfahrende Automobile vor allem über deren Vorteile in Bezug auf Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs hingewiesen wird, so sind erstens Zweifel angebracht, ob diese Entwicklung tatsächlich schon in 10 bis 20 Jahren eine breite Anwendung erfahren wird, und zweitens muss die Frage gestellt werden, ob nicht bereits viel schneller ähnliche Effekte auf ganz anderem Wege erzielt werden könnten. Dass selbstfahrende Automobile für gewisse recht spezielle Aufgaben relativ rasch zur Verfügung stehen könnten, leuchtet ein. Dass aber ein für allgemeine Zwecke einsetzbares Fahrzeug, wie das Automobil, wirklich so rasch entwickelt werden kann, muss bezweifelt werden. So viel zum Ersten.

Eine sehr viel einfachere, mit heutigen Technologien sofort realisierbare Änderung im Strassenverkehr wäre dessen weitgehend flächendeckende rigore Überwachung und Steuerung mittels Informationsübertragung. Fährt man heutzutage einige hundert Kilometer bei regem Verkehr auf unseren Strassen, so beobachtet man sehr häufig Verletzungen der elementaren Sicherheitsvorschriften, insbesondere Geschwindigkeitsüberschreitungen und zu nahes Aufschliessen. Ersteres wird nur punktuell und Letzteres fast gar nicht gehandelt.

Einfach zu installierende Überwachungskameras, fast lückenlose Geschwindigkeitsmessungen und Anzeigen für variable, den Verhältnissen angepasste Geschwindigkeit könnten hier eine allgemeine Fahrweise erzwingen, welche das Risiko von Unfällen drastisch vermindert und die Flüssigkeit des Verkehrs zudem erhöhen würde. Der obliga-

torische Einbau von Fahrtenschreibern könnte das Überwachungssystem ergänzen. «Big Brother is watching you» müsste eigentlich akzeptiert werden, wenn allein in der kleinen Schweiz pro Jahr 300 Menschen ihr Leben verlieren, über 4000 schwer und über 17 000 leicht verletzt werden. In unserer komplizierten Welt hat Freiheit ihre Grenzen. Könnte unser Land hier nicht ein Beispiel setzen?

Alex von Zelewsky, Brissago

«Wer lügt unverschämter?»

Der Kommentar von René Zeller (NZZ 12. 5. 15) beschreibt in Kürze die wiederkehrende Situation und Verlogenheit vor Wahlen. Leider ist er zu kurz gegriffen und blendet die Verlüderung und die Tricksereien unserer Institutionen, vor allem von Exekutive und Legislative, aus. So wiederholt der Bundesrat seit Jahren gebetsmühlenartig, dass das EU-Beitrittsgesuch nicht zurückverlangt werden müsse, da es sowieso keine Gültigkeit mehr habe. Anzuführen wären auch die Affären Markwalder/Kasachstan und Bezüge von Taggeldern durch Nationalräte für Sessionstage, die nicht stattgefunden haben.

Hans U. Lüscher, Fislisbach

Abholservice

Die Flüchtlinge aus Burma im Andamanenmeer (NZZ 13. 5. 15) sind Südasiaten und Muslime, genau wie die Matrosen und Offiziere der indonesischen Marine. Was tun diese Retter, wenn sie ein Flüchtlingsschiff aufgreifen? Sie geben ihnen Glaubensbrüdern Wasser, Verpflegung, Medikamente – und sie schicken sie weg. Und was tun wir im Mittelmeer mit Andersrassigen, Andersgläubigen? Wir bieten einen Abholservice vor der libyschen Küste, bringen sie in unsere Länder, geben ihnen nicht nur Essen und Trinken, sondern auch Unterkunft, Taschengeld, medizinische Verpflegung, sogar Rechtsbeistand.

Gottfried Weilenmann, Männedorf

Mursi war nicht autoritär

In dem Artikel über das Todesurteil gegen Mohammed Mursi (NZZ 18. 5. 15) wird Mursi als Islamist bezeichnet. Das ist nicht richtig. Mursi war der Kandidat einer islamisch orientierten Partei, die einen demokratischen Wandel in Ägypten anstrebte und diesen in dem Jahr zwischen Juli 2012 und Juli 2013 auch begann, umzusetzen. Die Islamisten, nämlich die Salafisten, waren seine Gegner und beteiligten sich an den Protesten gegen die Regierung der Muslimbruderschaft. Auch heisst es, dass das Militär Mursi nach Massenprotesten gegen seine «autoritäre Herrschaft» gestürzt habe. Tatsächlich war die Regierung Mursis die am wenigsten autoritäre Regierung Ägyptens in den letzten 200 Jahren.

Stefan Schmitt, D-Brissow

Von der Seele reden?

Wenn wir annehmen, dass alle Bewusstseinsphänomene aus biochemischen Prozessen im Gehirn hervorgehen (damit wird der Einfluss der Um- und Mitwelt nicht ausgeschlossen), ist die Rede von einer Seele, die Daniel Hell im Gespräch verteidigt (NZZ 8. 5. 15), überflüssig. Was hingegen nicht überflüssig ist, ist die Unterscheidung – in der Innen- und in der Aussensicht – zwischen Denken und Fühlen und die Einsicht, dass Fühlen für ein gutes Leben nicht weniger wichtig ist als Denken. Über Gefühle kann man innerhalb und ausserhalb der Wissenschaften reden, ohne sie zu einer Seele zu verdinglichen. Die einzige akademische Disziplin, in der Gefühle heute noch als real betrachtet werden und sich nicht in eine neurobiologische und metaphorisierende Begrifflichkeit verflüchtigt haben, ist die Phänomenologie (z. B. die des Philosophen Hermann Schmitz). Die Rede von einer Seele ist nur dann gerechtfertigt, wenn wir annehmen, dass das Gemeinte eine nichtempirische Entität ist, die zwar mit Gehirn und Körper interagiert, aber in ihrer Existenz nicht von ihnen abhängig ist. Viele Wissenschaftler – auch Daniel Hell – sind nicht bereit, an eine solche Seele zu glauben; und jene, die an sie glauben, schweigen.

David Zesiger, Schliern b. Köniz

Um was es wirklich geht

In der Causa Markwalder steht der Ruf des Parlaments auf dem Spiel. Von René Zeller

In den Spalten dieser Zeitung ist enthüllt worden, dass nicht nur der gewesene Schweizer Botschafter Thomas Borer neuerdings im Sold Kasachstans steht. Auch Burson-Marsteller, ein global tätiges PR-Unternehmen, hat im Auftrag des autokratischen Regimes seine Fühler in die Wandelhalle des Bundeshauses ausgestreckt. Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, ihr Parteikollege Walter Müller und der SVP-Nationalrat Christian Miesch haben sich, wie sich hieb- und stichfest belegen lässt, instrumentalisieren lassen.

Wir meinen: Es ist erstens relevant, wenn auf dem Buckel eidgenössischer Politiker ein Stellvertreterkrieg zwischen regierenden und dissidenten Kasachen ausgefochten wird. Es ist zweitens von öffentlichem Interesse, wenn sich demokratisch gewählte Parlamentsmitglieder – wissentlich, unbedarft oder gar naiv – in fremde Händel einspannen lassen. Und drittens gehört es zur Aufgabe unabhängiger Medien, unappetitliches Lobbying aus einer zentralasiatischen Diktatur aufzudecken. Dass die so hergestellte Transparenz für die betroffenen Volksvertreter, für deren Parteien und auch für die involvierten Interessenvertreter unbequem ist, darf kein Grund sein wegzusehen.

Die Mür vom Rufmord

Seit die Causa Markwalder aufgefliegen ist, ist viel Druckerwärme geflossen. Und leider weiss inzwischen kaum mehr jemand, um was es wirklich geht.

Freisinnige Frauen lamentieren über einen von Männern angeführten Sturm im Wasserglas. Der rote Wahlkämpfer Christian Levrat grätscht seinem freisinnigen Antipoden Philipp Müller in die Beine. Der Schaffhauser Volkstribun Thomas Minder wittert die Chance, endlich alle Lobbyisten aus dem Bundeshaus zu verbannen. Medienjournalisten qualifizieren das Geschehene als Rufmordkampagne gegen Christa Markwalder. Lobbyisten sprechen von einer Hetzkampagne.

Mit Verlaub, das ist alles Mumpitz. Zwar ist in gewissen Medien bei der Aufarbeitung der Affäre übertrieben worden. Wer aber die These in die Welt posaunt, die journalistische Berichterstattung sei Bestandteil einer orchestrierten Rufmordkampagne, vertauscht Täter und Opfer. Es war Christa Markwalder, die sich fahrlässig instrumentalisieren liess; sie selber erachtet den gegen ihre Person gerichteten Vorwurf der Naivität als berechtigt. Wenn nun zwecks Schadensminderung die Überbringer der schlechten Nachrichten zu Tätern gestempelt werden sollen, so gehört das zwar zum gängigen Repertoire. Aber es bleibt dabei, dass Christa Markwalder einer Lobbyistin auf den Leim gekrochen ist, nicht Medienschaffende. Unabänderlich bleibt zudem, dass die freisinnige Nationalrätin parlamentarische Interna zweifelhaften ausländischen Akteuren zugetragen hat, nicht die Medien.

Daneben zielt auch der Vorwurf, es handle sich um eine Gender-Frage. Wir meinen: Unabhängig davon, ob ein Mann oder eine Frau in der Causa Kasachstan die Hauptrolle spielt, bleibt die Sache relevant. Das öffentliche Interesse bemisst sich auch nicht daran, wie die Boulevardzeitung «Blick» suggerierte, ob Christa Markwalder eine lebensfrohe Partynudel sein dürfe oder nicht. Natürlich soll sie feiern dürfen! Gleichwohl muss sie sich die Frage gefallen lassen, ob ihr unbedarftes Verhalten gegenüber Lobbyisten mit der Funktion einer designierten Nationalratspräsidentin vereinbar ist.

Exakt darum geht es: Von unseren Volksvertretern darf erwartet werden, dass sie sich gegenüber bezahlten Interessenvertretern professionell verhalten. Handkehrum sind die Lobbyisten nur dann glaubwürdig, wenn sie mit offenem Visier kämpfen, wenn sie im Powerplay um Einfluss im politischen Alltag offen und sauber deklarieren, welche Kundeninteressen sie vertreten.

Der Fall Kasachstan ist offenkundig ein Beispiel, wie sich politische Akteure und Lobbyisten im Bundeshaus besser nicht verhalten sollten. Als Kollateralschaden bleibt zurück, dass der Ruf des Parlaments beschädigt worden ist.

Remedur schaffen

Die NZZ hat die unschöne Lobbying-Affäre aufgedeckt im Wissen, dass die Hauptakteurin und deren Partei nicht erfreut sein würden. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Massgebendes Kriterium war aber nicht die Parteifarbe Christa Markwalders. Wenn die FDP und deren Präsident Philipp Müller, der sich in der hängigen Affäre bis anhin als durchaus leidlicher Krisenmanager betätigt, jetzt von der Konkurrenz mit Häme überschüttet werden, so ist das im laufenden eidgenössischen Wahlkampf unvermeidlich. Wichtiger als parteipolitisches Schattenboxen ist die Sache selber: Wir hätten die Erkenntnisse aus den öffentlich einsehbaren Briefwechseln zwischen Bern und Astana auch publiziert, wenn rote, grüne, christlichdemokratische oder (neben Christian Miesch weitere) SVP-Parlamentarier von Lobbyisten eingewickelt worden wären.

Weshalb? Weil es relevant ist, ob das unausweichliche Wechselspiel zwischen Parlamentariern und Lobbyisten funktioniert oder nicht. Das Parlament selber wird jetzt beweisen müssen, ob es Remedur schaffen kann. Vor vier Jahren schossen Forderungen nach mehr Transparenz im Bundeshaus wie Pilze aus dem Boden. Nach den Wahlen versandeten die vollmundigen Ansagen allesamt.

Mitteilung des Verlags

Annahmeschluss Anzeigen für Pfingsten

Ausgabe	Annahmeschluss
Dienstag, 26. Mai	Donnerstag, 21. Mai 12.00 Uhr
Mittwoch, 27. Mai	Freitag, 22. Mai 12.00 Uhr
Die Ausgabe von Montag, 25. Mai, fällt aus.	

Todesanzeigen

Am Vortag der Publikation zwischen 14 und 18 Uhr beim Empfang, Eingang Falkenstrasse 11, abgeben oder per Fax 044 258 13 70 oder per E-Mail: inserate@nzz.ch.